

MEINE MEINUNG

Unsere Verantwortung für die Rüstungswirtschaft

Rainer Arnold, MdB (SPD),
Mitglied im Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestages und
Verteidigungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Die Probleme der deutschen Rüstungswirtschaft sind struktureller Art; sie fallen in eine Zeit, in der viele große militärische Vorhaben in der Schlussphase der Abwicklung stehen und in der zudem die Budgets in allen Partnerländern knapp bemessen sind.

„Deutschland hat ein elementares Interesse an einer leistungs- und wettbewerbsfähigen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie“. Dies steht als Auftrag im Koalitionsvertrag. Auch die Sozialdemokraten im Deutschen Bundestag bekennen sich zu dieser Verpflichtung, genauso wie die stringente Einhaltung der Rüstungsexportrichtlinien.

Nachdem niemand in der deutschen Politik beliebig Rüstungsgüter in alle Welt exportieren will, ist klar, dass die strukturellen Herausforderungen in der Rüstungsindustrie nicht durch Exporte zu lösen sind. Die Kritik vieler Unternehmen an zu langen Entscheidungsprozessen ist allerdings häufig berechtigt und sollte Gehör finden.

Insgesamt bedarf es aber eines an den sicherheitspolitischen Interessen und an der Verantwortung Deutschlands abgeleiteten Gesamtkonzepts.

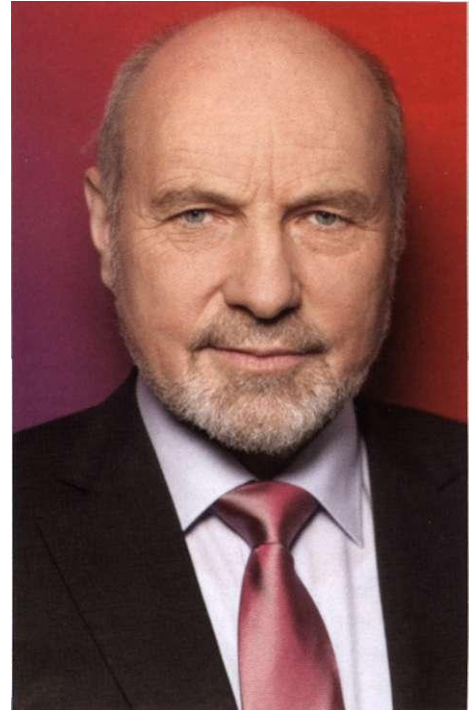
Zunächst hat das Verteidigungsministerium die Pflicht, die für den Einsatz unserer Streitkräfte unabdingbaren Schlüsseltechnologien zu definieren - und zwar mit Blick auf das militärische Fähigkeitsprofil der Bundeswehr sowie auf herausragende Fähigkeiten der nationalen wehrtechnischen Industrie. Damit ist klar, dass gepanzerte Fahrzeuge, U-Boote und infanteristische Waffen zu den Kernfähigkeiten gehören. Schließlich hat die Bundeswehr

in diesen Bereichen ein ausgeprägtes Fähigkeitsprofil.

Deutsches Know-how, deutsche Ingenieursfähigkeiten werden nicht nur über den Verkauf bereits bestehender, sondern vor allem über die Entwicklung neuer Produkte gesichert. Nach drei Jahren ohne eine einzige Entscheidung in diesem Bereich müssen jetzt zügig neue Projekte beschlossen werden.

Dabei muss man auch politische Erwägungen wie besondere nationale Interessen mit einbeziehen. Hieraus lässt sich beispielsweise eine Entscheidung für das Projekt MEADS herleiten. Gleichzeitig gilt es erste Entwicklungsschritte für die Militärtechnik der nächsten Generation, wie Kampffahrzeuge mit Laser- oder Mikrowellentechnologien, einzuleiten.

Militärische Großvorhaben werden in Zukunft nur noch europäisch finanzierbar sein. Um Synergien tatsächlich zu nutzen, muss auf nationale Varianten verzichtet werden. Deutschland muss Motor für europäische Kooperationsvorhaben werden. Dazu brauchen wir einen, im Verteidigungsministerium angesiedelten Beauftragten, der solche Projekte koordiniert und voranbringt. Rüstungsbetriebe dagegen, die nur über schmale Produktpalette verfügen und von wenigen Auftraggebern abhängen, sind in Zukunft nicht überlebensfähig. Reine Rüstungsschmieden sollten deshalb bei der Entwicklung ziviler Produkte durch die Vergabe von Forschungsmitteln unterstützt werden. Nationale Zusammenschlüsse, wie möglicherweise von Rheinmetall und KMW, müssen deshalb politisch eingefordert



werden. Erst danach sind europäischen Zusammenschlüsse sinnvoll. Zusätzlich sollten reine Rüstungsschmieden bei der Entwicklung ziviler Produkte durch die Vergabe von Forschungsmitteln unterstützt werden.

In diesem Sinne hätte eine Fusion von der deutschen KMW mit dem französischen Konzern Nexter Auswirkungen auch auf andere deutsche Unternehmen, die wir Sozialdemokraten mit Besorgnis sehen. Es besteht damit die Gefahr, dass hoch spezialisiertes Wissen ins Ausland abwandert. Zudem besteht das Risiko, dass der starke politische Einfluss in Frankreich auf Rüstungsunternehmen dazu führt, dass langfristige deutsche Belange unter den Tisch fallen.

Sigmar Gabriels Vorschlag, die Rüstungsexporte zukünftig in Gänze im Auswärtigen Amt anzusiedeln, ist schlüssig. Es darf bei Exportentscheidungen nicht um wirtschaftspolitische Erwägungen, sondern ausschließlich um sicherheitspolitische Interessen unseres Landes gehen.

Neben den definierten Verantwortungsbereichen der einzelnen Ressorts brauchen wir eine übergreifende, fest installierte Runde der Staatssekretäre zur Koordinierung der deutschen Rüstungspolitik.



Erste Schiffbrüchige gehen bei der Seenotrettung im Mittelmeer an Bord der Fregatte „Hessen“

tern des transnationalen Terrorismus nicht mehr hinreichend erklären. Grausame Gewaltanwendung gegen Einzelne oder Gruppen bis hin zur Kriegführung ohne jede Hemmung und Konvention, eine selbsternannte Staatlichkeit, die bestehende Grenzen für irrelevant erachtet, weltweite Rekrutierung von Jihadisten und ein allumfassendes Feindbild erfordern eine auf Langfristigkeit angelegte Antwort nicht nur der westlichen Staatengemeinschaft, nicht nur des Militärs.

Im regionalen Kontext des Nahen und Mittleren Ostens und (Nord-)Afrikas - Flüchtlingsbewegungen und Schleuserkriminalität mit eingeschlossen - ist davon auszugehen, dass deutsche Streitkräfte mittel- und unmittelbar eher über einen

längeren Zeitraum engagiert sein können. Die erst vor wenigen Monaten abgeschlossene Humanitäre Hilfe zur Bekämpfung der Ebola-Epidemie in Sierra Leone und die jüngst angelaufene Seenotheilfe der Marine im Mittelmeer zeigen, wie breit dabei das Einsatzspektrum sein kann. Die bis hier genannten Beobachtungen erfordern in der Summe zwangsläufig einen hohen Grad an Verfügbarkeit, Durchhaltefähigkeit sowie Spezialisierung des eingesetzten Personals und Materials. Es kommt dabei auf jeden Einzelnen an: DEN Spezialisten und DIE Ausrüstung maßgeschneidert und „marschbereit“ zur Verfügung zu haben, erfordert detailgenaue Planung „mit Fernlicht“. Eine klare strategische Ausrichtung hilft dabei allen Beteiligten.

Letztlich erfordern per se begrenzte Mittel politische und damit regelmäßig auch regionale Priorisierungen. Der erkennbare Schwerpunkt der EU-Operationen ist (Nord-)Afrika, inklusive des Mittelmeeres. Der konzeptionelle Wille der NATO ist es, die neu zu schaffende „Speerspitze“ (Very High Readiness Joint

Task Force, kurz: VJTF) grundsätzlich auf eine 360°-Option auszurichten; dabei sollen Artikel-5-Operationen den Schwerpunkt darstellen. Die Erfahrung zeigt, dass im Zweifelsfall die normative Kraft des Faktischen auf die Konzeption keine Rücksicht nimmt. Diesbezüglich sind Diskussionen im Bündnis (28 Nationen mit gegebenenfalls 28 nationalen Interessen) also nicht auszuschließen. Die schon so oft bewiesene Anpassungs- und Antizipationsfähigkeit der NATO macht dabei ihre Stärke aus.

Die hier dargestellten Beobachtungen und Schlussfolgerungen werden sich unmittelbar auf die Arbeit des Einsatzführungskommandos der Bundeswehr auswirken. Trotz aller Trends und Entwicklungslinien bleibt oftmals nur der berühmte Clausewitz'sche „Nebel des Ungewissen“ die letzte Konstante. Ungeachtet aller Widrigkeiten und Schwierigkeiten genau in diese Ungewissheit hinein zu planen und zu agieren, ist und bleibt Kern des Selbstverständnisses dieses Kommandos. Die Bandbreite möglicher Einsätze spiegelt sich in seiner Flexibilität und Anpassungsfähigkeit wider. Die Soldatinnen und Soldaten des Einsatzführungskommandos der Bundeswehr sind sich ihrer Verantwortung sehr bewusst. In Potsdam wie im Einsatz gilt:

Es kommt auf jeden an!